

Der Feldzug in Polen geht dem Ende zu

Bernichtung und Gefangennahme versprengter Resttruppen — Die stärkste polnische Gruppe bei Wyszogrod vor der Auflösung — Der größte Teil Polens besetzt — Lublin eingenommen — Warschau schickte noch keinen Parlamentär — Aufgabe der Luftwaffe im Osten erfüllt

Berlin, 18. September. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: Der Feldzug in Polen geht seinem Ende entgegen.

Nach der völligen Umschließung Lembergs und der Einnahme von Lublin steht ein Teil des deutschen Ostheeres in der allgemeinen Linie Lemberg—Wlodzimerz—Brest-Bialystok und hat damit den größten Teil Polens besetzt. Dahinter vollzieht sich noch an mehreren Stellen die Vernichtung und Gefangennahme einzelner versprengter Reste der ehemaligen polnischen Armee. Die stärkste dieser umschlossenen polnischen Kampfgruppen — etwa ein Viertel des polnischen Heeres — ist südwestlich Wyszogrod zwischen Bzura und Weichsel auf engstem Raum zusammengepreßt und geht seit gestern der Auflösung entgegen.

Aus dem umschlossenen Warschau wurde am 17. September durch polnische Sender die Bitte an das Oberkommando der Wehrmacht gerichtet, einen polnischen Parlamentär zu empfangen. Der Oberkommando der Wehrmacht hat

seine Bereitwilligkeit dazu erklärt. Bis zum 17. September mitternachts hat sich kein Parlamentär bei unseren Truppen eingefunden.

Die Luftwaffe griff die südwestlich Wyszogrod eingeschlossenen polnischen Kräfte wirksam an. Polnische Fliegerkräfte traten an der ganzen Front nicht mehr in Erscheinung.

Die deutsche Luftwaffe hat damit die ihr im Osten gestellte Aufgabe im wesentlichen erfüllt. Zahlreiche Einheiten der Fliegertruppe und Flakartillerie sind zusammengezogen und stehen für anderweitige Verwendung bereit.

Im Westen keine nennenswerten Kampfhandlungen. Bei Saarbrücken wurde ein französisches Flugzeug von einem deutschen Jäger abgeschossen.

Luftangriffe auf deutsches Hoheitsgebiet haben am 17. September nicht stattgefunden.

Bölliges deutsch-sowjetrussisches Einvernehmen

Gemeinsame Erklärung der Reichsregierung und der Regierung der UdSSR.

Berlin, 18. September. Zur Vermeidung von irgendwelchen unbegründeten Gerüchten bezüglich der Aufgaben der deutschen und sowjetischen Truppen, die in Polen tätig sind, erklären die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR, daß die Handlungen dieser Truppen keinerlei Ziele verfolgen, die den Interessen Deutschlands oder der Sowjetunion zuwiderlaufen oder dem Geiste und dem Buchstaben des zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossenen Nichtangriffsvertrages widersprechen. Im Gegenteil, die Aufgaben dieser Truppen bestehen darin, Ordnung und Ruhe in Polen herzustellen, die durch den Verfall des polnischen Staates zerstört sind, und der Bevölkerung Polens zu helfen, Bedingungen ihres staatlichen Daseins neu zu regeln.

„Befreien wir unsere Brüder von der Tyrannei in Polen!“

Geschichtliche Tage für die Sowjetunion — Ungehörige Begeisterung über den Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen

Moskau, 18. September. Die Sowjetpresse steht am Montag ganz im Banne der geschichtlichen Ereignisse des Sonntags. Die Spalten der Zeitungen sind angefüllt von Berichten aus allen Teilen der Sowjetunion über die unzähligen Versammlungen und Kundgebungen der Bevölkerung, die ihre Begeisterung über die Aktion der Regierung und den Einmarsch in Ostpolen zur Befreiung der weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung in einem Strom von Resolutionen und Aufrufen Ausdruck verleihen. Die Versammlungen in den Betrieben und Fabriken, auf den Plätzen der Städte mußte man, wie es in den Berichten heißt, diesmal gar nicht einberufen: Die Menschen fanden sich von selbst zusammen. Alle Kundgebungen sprechen von der unbedingten Unterstützung auf die bei dem Vormarsch in Ostpolen eingeleiteten Truppen und von der patriotischen Bereitschaft, den Brüdern der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland, die durch die gewissenlose Politik der polnischen Regierung der Willkür des Schicksals preisgegeben seien, Hilfe und Schutz zu gewähren. „Unser Volk“, so heißt es immer wieder, in den Kundgebungen, „reicht dem Millionen unserer Brüder, den Weißrussen und Ukrainern, die bisher der Ausbeutung der Polen ausgelehrt waren, seine starke und hilfreiche Hand.“

In einer Resolution finden sich auch bereits deutliche Worte, die darauf hinweisen, daß die Sowjetunion sich keinerlei Einmischung in diese von ihr als Befreiungsaktion betrachtete Aufgabe gefallen lassen wird. „Wenn jedoch“, so heißt es darin, „im Brande des Krieges eine feindliche Hand sich nach sowjetischen Besitz ausstrecken sollte, so wird die ruhmreiche Rote Armee diese neidische schmutzige Hand abhacken.“

In der „Pravda“ nehmen die Berichte über die Kundgebungen der Bevölkerung vier volle Seiten ein unter Überschriften wie „Helfen wir unserer Roten Armee, ihre große Befreiungsaufgabe zu erfüllen!“, „Die Hilfe für unsere unterdrückten Brüder ist unsere heilige Pflicht“ usw.

Sowjetrussische Neutralitätspolitik gegenüber Lettland

Ueberwachung der lettisch-polnischen Grenze verschärft
Riga, 18. September. Der lettische Gesandte in Moskau hat — ebenso wie die diplomatischen Vertreter der übrigen Staaten — die Versicherung erhalten, daß Sowjetrußland gegenüber Lettland die Neutralitätspolitik bewahren wird. Außer der bereits vollzogenen Verstärkung der Armee treffe Lettland, so wird betont, keine weiteren militärischen Maßnahmen. Die Ueberwachung der lettisch-polnischen Grenze ist seit einigen Tagen beträchtlich verschärft worden und wird von den Militärbehörden ausgeübt. Bisher wurde aber kein besonderer Zustrom von polnischen Flüchtlingen festgestellt. Die lettischen Behörden werden keinen Versuch wagen, den in Lettland in Kraft befindlichen Gelehen zuwider die Grenze zu überschreiten. Die strikte Neutralität Lettlands werde auch in diesem Falle bewahrt werden.

Der letzte Akt des polnischen Dramas

Die norwegische Presse unter dem Eindruck der letzten Vorgänge in Polen

Oslo, 18. September. Das aktive Eingreifen Rußlands durch den Einmarsch in Polen, daß der breiteren

Öffentlichkeit erst Sonntag am späten Abend durch Extrablätter bekannt wurde, wird am Montag von den Blättern eingehend erörtert. „Aftonposten“ schreibt im Leitartikel unter dem Titel „Was jetzt?“, es sei klar, daß Polen sich unter dem Druck der beiden Großmächte Rußland und Großdeutschland bald ergeben müsse. Was aber würden die Westmächte hierzu sagen? „Aftonposten“ kommentiert dann eingehend die jüngsten Ereignisse. Die sensationell schnellen deutschen Siege in Polen, die russische Beteiligung am Krieg, Japans wichtiger Ausgleich mit Rußland, alle diese weltgeschichtlichen Ereignisse seien aufeinander so schnell gefolgt, daß man ihre Reichweite noch gar nicht durchdenken vermöge. „Morgenbladet“ schreibt, die deutsche Heeresleitung habe bei ihrem Kriege in Polen in voller Uebereinstimmung mit der Theorie des Grafen Schlieffen gehandelt, nicht frontal anzugreifen, sondern die Flanken des Feindes zu zerstören und ihn schließlich durch völlige Umgehung zu vernichten. Anstelle der Kavallerie, die dabei eine entscheidende Rolle zu spielen sollte, seien heute die

deutschen motorisierten Truppen und die Luftwaffe getreten. Die deutschen Operationen seien mit vollem Erfolg und einer geradezu ungläublichen Schnelligkeit durchgeführt worden. Ein Widerstand im östlichen Polen sei durch den russischen Einmarsch praktisch unmöglich. Der letzte Akt des polnischen Dramas habe bereits begonnen.

Blockade Deutschlands schwer durchführbar

Das Urteil eines finnischen Blattes
Helsinki, 18. September. „Svenskt Botten“ unterläßt die Frage, ob Deutschland blockiert werden kann und kommt zu der Ansicht, daß eine Blockade Deutschlands kaum wirksam sein könne, da nur England, Frankreich und Polen diesmal zu seinen Feinden zählen und nicht die ganze Welt wie 1914. Unter neutralen Ländern befänden sich so bedeutende wie Brasilien und Sowjetrußland, die es sicherlich nicht nehmen lassen, einen Warenaustausch und Transithandel mit Deutschland zu betreiben. Infolge letzter Autarkiebestrebungen sei Deutschland heute in vorbildlichem Maße selbstversorger. Auch dieses trage dazu bei, die Auswirkungen der Blockade gegen Deutschland noch weiter zu vermindern.

Einmarsch der Sowjetarmee in Ostpolen

Der polnische Staat als nicht mehr existierend betrachtet

Moskau, 17. September. Die sowjetrussische Armee hat am Sonntagmorgen den Befehl erhalten, in Ostpolen einzurücken, um den Schutz der weißrussischen und ukrainischen Minderheiten zu übernehmen, nachdem die polnische Regierung als zur Zeit nicht mehr existierend betrachtet wird.

In der Nacht auf Sonntag ist dem polnischen Botschafter Geyzbowitsch eine Note der Sowjetregierung überreicht worden, in der mitgeteilt wurde, die Sowjetregierung sehe sich gezwungen, zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutze der weißrussischen ukrainischen Minderheit in Ostpolen ihren Truppen den Befehl zu erteilen, am Sonntagmorgen um 6 Uhr Moskauer Zeit (4 Uhr MEZ) die sowjetisch-polnische Grenze zu überschreiten. Der Vormarsch der sowjetischen Armee wird auf der ganzen Linie, der Grenze von Polozk im Norden bis Kamenez-Podolsk im Süden gleichzeitig erfolgen. Der Vormarsch der Sowjetarmee in Ostpolen erfolgt unter gleichzeitiger voller Wahrung der Neutralität Sowjetrußlands im gegenwärtigen Konflikt, da der polnische Staat zur Zeit nicht mehr existierend zu betrachten ist, kommen nach Ansicht der Sowjetregierung die mit ihnen früher abgeschlossenen Verträge in Fortfall.

Die Sowjetregierung hat dabei in dem Bestreben gehandelt, Ruhe und Ordnung in den östlichen Teilen Polens wiederherzustellen, die im Augenblick des Zerfalls des bisherigen polnischen Staatsgebildes und der Flucht der Regierung nicht mehr gewährleistet werden können, sowie den natürlichen Schutz der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung Ostpolens wahrzunehmen.

Die Sowjetnote an die ausländischen Missionen

Sowjetrußland kann sich nicht weiter neutral zu den Tatsachen in Polen verhalten

Moskau, 17. September. Die Note der Sowjetregierung an die ausländischen Missionen über den Einmarsch der Sowjettruppen in Ostpolen, die gleichlautend allen ausländischen Missionen in Moskau zugeht, ist Sonntagmorgen auch dem deutschen Botschafter in Moskau zugeestellt worden. Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Herr Botschafter! Der polnisch-deutsche Krieg hat die innere Unhaltbarkeit des polnischen Staates erwiesen. Im Laufe der Operationen hat Polen alle seine Industriegebiete und kulturellen Zentren verloren. Warschau als Residenzstadt Polens besteht nicht mehr. Die polnische Regierung ist zerfallen und befindet sich in keinem Lebenszeichen. Das bedeutet, daß der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben, zu existieren. Dadurch haben die Verträge ihre Gültigkeit verloren, die zwischen der Sowjetregierung und Polen bestanden. Sich selbst

überlassen und ohne Führung geblieben hat sich Polen in ein bequemes Feld für jegliche Zufälle und Ueberrassungen verwandelt, die eine Bedrohung für die Sowjetunion sein können. Infolgedessen kann die Sowjetregierung, die bisher neutral war, sich nicht weiter neutral zu diesen Umständen verhalten.“

Die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutmächtig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.

Angeichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen den Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland unter ihren Schutz zu nehmen.

In dem Begleitschreiben des Außenkommissars Molotow an die hiesigen Missionen wird darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion eine Politik der Neutralität in den Beziehungen zu den betreffenden Staaten durchzuführen werde.



Die Lage an der Ostfront.

(Kartendienst)

